

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Fetzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Festsetzung oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 8.

Sonnabend, den 19. Februar 1916.

20. Jahrgang.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914.

Mit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 fanden die wirtschaftlichen Kämpfe einen unerwarteten Abschluß. Von den Vorständen der Zentralverbände wurde der Abbruch aller Lohnbewegungen und Streiks als selbstverständlich angesehen. Etwas später trafen die Vorstände in einer Konferenz eine Vereinbarung, nach der mehr als sonst versucht werden müsse, Differenzen durch Verhandlungen beizulegen und Angriffstreiks nur in dringenden Fällen zu genehmigen seien. Trotzdem waren Kämpfe nicht ganz zu vermeiden, verschiedentlich mußten sich die Arbeiter gegen eine beschlossene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wehren. Immerhin ist die Zahl der Streiks und Aussperrungen mit Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1914 sehr gering. Die amtliche Streikstatistik verzeichnet 24 Streiks mit 1126 streikenden Personen, und zwar 17 Angriffstreiks und 7 Abwehrstreiks. Man legt auch die Statistik über die der Generalkommission angehängten Verbände vor. Diese Statistik berichtet über 16 Kämpfe, die nach Kriegsausbruch bis Ende 1914 entstanden, an denen 1065 Personen beteiligt waren. Von diesen Kämpfen waren fünf Angriffstreiks, neun Abwehrstreiks und zwei Aussperrungen. Es handelt sich bei diesen von zwei verschiedenen Seiten gemachten Angaben jedoch nicht um die gleichen statistisch erfaßten Kämpfe. Mithin ist die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe in den ersten fünf Kriegsmonaten erheblich größer, als sie durch die eine oder andere Statistik ausgewiesen ist. Nur zwei von den in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichneten Kämpfen könnten, verglichen nach dem Ort und der Gewerbegruppe, auch von der amtlichen Feststellung erfaßt worden sein. Darunter befindet sich auch eine Aussperrung in einer Papierfabrik zu Düsseldorf, die, was besonders bemerkenswert ist, in der amtlichen Statistik als ein — Angriffstreik erscheint. Dieser Fall beweist aufs neue, daß eine Streikstatistik, die sich einseitig auf die Bindungen der Unternehmer aufbaut, keine wissenschaftlich einwandfreie Uebersicht über die wirtschaftlichen Kämpfe geben kann.

Da im Jahre 1914 in der Hauptsache nur 7 Monate für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe in Betracht kommen, so stehen diese nach Zahl und Umfang natürlich weit hinter den Ergebnissen der früheren Jahre zurück. Vergleiche der Zahlen des Berichtsjahres mit denen der Vorjahre sind deshalb nicht angehängt.

Es fanden insgesamt statt 4866 Bewegungen, ohne und mit Arbeitseinstellung, an denen 888 040 Personen beteiligt waren. Das Jahr 1913 weist dagegen 9072 Bewegungen mit 1 214 528 Beteiligten auf. Die gesamten Bewegungen des Jahres 1914 erstreckten sich auf 5355 Orte und wurden davon 26 248 Betriebe mit 688 420 darin beschäftigten Personen betroffen. Es endeten von den Bewegungen 3460 mit 204 935 Beteiligten erfolgreich, 848 mit 100 268 Beteiligten teilweise erfolgreich und 564 mit 55 901 Beteiligten erfolglos. Von 9 Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt. Durch die Bewegungen erzielten insgesamt 207 600 Personen einen Erfolg durch eine Verbesserung oder durch die Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es wurde erreicht für 50 827 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von zusammen 189 188 Stunden pro Woche und für 195 298 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 360 818 Mk. pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 102 498 Personen erzielt. Abgewehrt wurde für 7294 Personen eine beschlossene Arbeitszeiterhöhung von insgesamt 23 721 Stunden und für 29 274 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 78 893 Mk. pro Woche. Für 30 492 Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurückgewiesen werden. 713 Personen mußten sich eine Arbeitszeiterhöhung von insgesamt 2072 Stunden, 1298 eine Lohnerhöhung von insgesamt 4391 Mk. pro Woche und 498 sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefallen lassen.

Lohnbewegungen wurden im Anschluß an diese Kämpfe in 1978 Fällen für 146 307 Personen abgeschlossen. Die gesamten Ausgaben für die Kämpfe betragen 4 907 877 Mk. Von den 4866 Bewegungen wurden 3457 = 71 Prozent mit 268 559 Beteiligten auf friedlichem Wege erledigt. Von diesen Bewegungen hatten 2050 mit 160 075 Beteiligten einen vollen und 647 mit 88 308 Beteiligten einen teilweisen Erfolg. 160 Bewegungen mit 22 981 Beteiligten blieben erfolglos. In 2712 Fällen handelte es sich um eine Angriffsbewegung und in 745 Fällen um eine Abwehrbewegung. In 1409 Fällen = 29 Prozent kam es zu Arbeitseinstellungen, von denen insgesamt 96 881 Personen, darunter 14 179 weibliche, betroffen wurden. Von diesen Kämpfen waren 778 = 55,1 Prozent Angriffstreiks, 517 = 36,7 Prozent Abwehrstreiks und 118 = 8,2 Prozent Aussperrungen.

Während sich der Anteil der Streiks an den Gesamtkämpfen gegen das Vorjahr um 4,8 resp. 3,4 Prozent erhöhte, ging der der Aussperrungen von 16,4 auf 8,2 Prozent zurück. Von den an der Arbeitseinstellung beteiligten Personen kamen 38 946 auf die Angriffstreiks, 29 823 auf die Abwehrstreiks und 27 912 auf die Aussperrungen. Gemessen an der Zahl der Fälle waren die Aussperrungen erheblich umfangreicher als die Streiks. Von den 1409 Kämpfen endeten 810 = 57,5 Prozent mit 44 860 Beteiligten erfolgreich, 196 = 13,9 Prozent mit 16 950 Beteiligten teilweise erfolgreich und 394 = 28 Prozent mit 33 010 Beteiligten erfolglos.

Der Ausgang der Kämpfe ist erheblich ungünstiger als 1913, wo nur 19,5 Prozent derselben erfolglos blieben, während 63,9 Prozent erfolgreich und 16,6 Prozent teilweise erfolgreich waren. Das ungünstigere Verhältnis im Jahre 1914 ist auf den Kriegsausbruch zurückzuführen. Es mußten damit 122 Kämpfe resultatlos abgebrochen werden, die im weiteren Verlauf wohl zum erheblichsten Teile noch zu einem Erfolge geführt hätten. Es erforderten die Kämpfe eine Ausgabe von 4 788 473 Mk. An den Kämpfen des Jahres 1914 war das Baugewerbe am hervorstechendsten beteiligt. Nachdem folgt die Holzindustrie, die Metallindustrie. Erwähnung verdient eine Aussperrung in der Lausiger Textilindustrie, von der der Textilarbeiterverband mit 15 325 Personen betroffen wurde. Veranlassung zu dieser Aussperrung war ein Angriffstreik in Forst. Die Aussperrung währte 13 Tage und fand durch den Ausbruch des Krieges einen für die Arbeiter erfolglosen Abschluß. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl waren die Verbände der Steinarbeiter und Steinfeger in umfangreiche Kämpfe verwickelt.

Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1914 der erhebliche Teil der Erfolge auf die friedlich verlaufenen Bewegungen. Es hatten durch die Kämpfe insgesamt 62 994 Personen einen Erfolg. Es wurde erreicht für 9052 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von insgesamt 24 700 Stunden pro Woche, für 33 302 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 78 857 Mk. pro Woche und für 21 257 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde für 1132 Personen eine Arbeitszeiterhöhung von insgesamt 4120 Stunden pro Woche, für 12 393 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 29 938 Mk. pro Woche und für 17 700 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In 854 Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 25 454 Personen.

Der Krieg hat manche Auswirkungen über den Hausen geworfen und insbesondere den gewerkschaftlichen Organisationen, ihren Bestrebungen, ihrer Fürsorge für die Notleidenden, ihrer Disziplinierung der Arbeiterschaft, ihrer kulturfördernden Tätigkeit, Anerkennung von fast allen Kreisen in der Staatsorganisation gebracht. Mit dieser Anerkennung werden jedoch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aufgehoben. Sie werden fortbestehen, und nach Friedensschluß sehen uns harte Kämpfe bevor, denn die lebige Teuerung wird gewaltig nachwirken.

Bericht des Internationalen Steinarbeitersekretariats für das 4. Quartal 1916.

Schweden. Die Arbeitsverhältnisse haben sich seit dem letzten Bericht noch verschlimmert, so hat nebst anderem die große Firma „Karlshäll Granitindustrie“ in Wodlinge ihren Betrieb ganz eingestellt, wodurch mehrere hundert Steinarbeiter heillos wurden. Folgende Ziffern geben ein Bild sowohl der Arbeitsverhältnisse als auch unserer Mitgliederzahl:

	September	Oktober	November
In normalen Arbeitsverhältnissen	726	719	652
Mit reduzierter Arbeitszeit	1726	1656	1718
Arbeitslose	488	413	367
Kranke	247	198	187
In Militärdienst	188	248	229
Total	3564	3229	3151

Ein großer Teil der Steinarbeiter hat es vorgezogen, den bisherigen Beruf zu wechseln, was speziell den Mitgliedern der Mitgliederzahl verursacht. Der einheimische Verbrauch von Steinzeug war nicht mehr so umfangreich, um die Stockung des Exportes ausfüllen zu können.

Nur die von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen Betriebe wurden seitens der Regierung anscheinliche Summen für Notstandsarbeiten vorausbezahlt, so für Eisenbahnbauten, Schaulaufen, Hafenbauten. Allerdings wird damit nur einem Teil der Bedürftigen geholfen.

Mit Ausnahme von Bau- und Steinindustrie sind die Arbeitsverhältnisse im Lande als gute zu bezeichnen, doch bedeuten die riesigen Lebensmittelverteuerungen einen bedeutenden Ausfall der Existenzmittel für die Arbeiterklasse.

Im gegenwärtigen Jahre sollten wir einen Kongress einberufen, doch wurde dieser auf Grund der bestehenden Situation auf das kommende Jahr verschoben.

Norwegen. Der im letzten Bericht erwähnte Boykott der Granitkompanie Fredrikstad konnte nach dreimonatiger Dauer aufgehoben werden, mit dem Resultat, daß die früher geltenden Tarifbestimmungen bei allen Betrieben für die Dauer eines Jahres verlängert wurde. Diese Abmachung wurde vom Arbeitgeberverband für alle seine Betriebe anerkannt. Dies Resultat bedeutet somit einen vollständigen Sieg für den Verband.

Nach einer kürzlich aufgenommenen Statistik über die Arbeitsverhältnisse in Norwegen geht hervor, daß von 3300 Mann, die bei Ausbruch des Krieges beschäftigt waren, jetzt nur noch 1500 Mann in Arbeit stehen. Von diesen arbeitet etwa die Hälfte zu reduzierten Löhnen, und zwar von 10—20 Kronen pro Woche. Die übrigen 1800 Mann sind entweder arbeitslos oder in anderen Berufen tätig.

Der Export, welcher 1913 ca. 3/4 Millionen Kronen betrug, erreicht 1916 kaum ein Million.

Der Verband hat im Dezember ein Gesuch an die Regierung eingereicht zwecks Bekleinerung von Herausgabe öffentlicher Arbeiten, doch ist sehr wenig Hoffnung vorhanden, diesbezüglich zu einem befriedigenden Resultate zu gelangen.

Vom 1. Januar 1916 tritt das neue Gesetz betreffend Vermittlung von Arbeitsverhältnissen in Kraft, nach diesem Gesetz kann jeder Streik oder Sperre als ungesetzlich erklärt werden, solange keine Vermittlung vorausgegangen ist. Norwegen ist in fünf Vermittlungskreise eingeteilt, jeder Kreis hat seinen Vermittler und seinen Vermittlungsrat, dazu stellt sich noch der Reichsvermittlungsbeamte. Nichtspezifizierung des Gesetzes zieht Buße bis zu 25 000 Kronen nach sich.

Frankreich. Der Geschäftsgang ist noch immer lau. Unsere Mitglieder haben sich damit abgefunden, soweit sie von der Mobilisation nicht betroffen werden, in anderen Berufen ihren Verdienst zu suchen. Außer der Baubranche stehen alle übrigen Berufsgruppen in verhältnismäßig günstigen Arbeitsbedingungen und wird dort von Arbeitslosigkeit wenig verspürt.

Schweden. Die Arbeitslosigkeit ist im allgemeinen immer noch als eine günstige zu bezeichnen, speziell für die Sandsteinindustrie. Dies bewirkte auch eine weitere Zunahme der Mitgliederzahl im Verband. In diesem Quartal waren 42 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Aber auch die Arbeitsverhältnisse haben sich durch diesen Umschwung in der Konjunktur wieder gebessert, gelang es doch in St. Maragethen, der ehemaligen Hord der Streikbrecher, wieder einen Tarif gegenseitig festzusetzen mit 15 Prozent Lohnerhöhung.

Gemachte Eingaben an Behörden bezüglich Arbeitsbeschaffung oder Heilfertigung von Lohnverträgen in verschiedenen Orten zeitigten befriedigende Resultate.

Von den Prozessen in St. Maragethen wegen der früheren Aussperrung sind weitere zwei zu unseren Gunsten entschieden worden. Die Verschmelzung der Bauarbeiterverbände mußte fallen gelassen werden, die Verhältnisse im Verband der Mauer und Gießer machen das so notwendige Zusammengehen unmöglich. Es wird dies von der ganzen Arbeiterschaft der Schweiz bedauert.

Aus Amerika. Am Bezirkskongress in Kanada, der vom 20. bis 25. September tagte, waren 179 Delegierte vertreten. Es

wurde eine Resolution gefaßt, wonach der Staat aufgefordert wird, in nächster Zeit Beschäftigung für die vielen arbeitslosen Kollegen zu beschaffen. Ferner wird verlangt, daß alle Orte, allwo die Steinhauser gezwungen werden das Arbeitsgesetz selbst zu stellen, dem Landesvorstand bezügliche Berichte einzufenden haben, damit dieser gemäß des Vertrages von Kana City diesbezüglich bei den Behörden vorstellen werden kann. Eine interessante Diskussion entwickelte sich in bezug auf die Verhältnisse der Granithauer in Vancouver. Dasselbst ist gemäß Arbeitsvertrag den Steinhausern das Spalten der Steine unterlagt und diese Tätigkeit Spezialarbeitern zugesprochen. Seit drei Jahren aber haben die Steinhauser das Spalten selbst vorgenommen, damit begründend, daß dies zu ihrem eigenen Vorteile gelte. Eine Einigung kam bei den Verhandlungen nicht zustande.

Der Export von Steinhauserarbeit vom Staate Canada hat in den letzten Jahren bedeutend abgenommen.

Zur Zeit sind Unterhandlungen mit den Unternehmern im Gange zu allgemeiner Einführung des freien Nachmittags am Sonnabend.

Resultatlose Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Unter dem Vorsitz des Direktors vom Reichsamt des Innern, Excellenz Caspar, verhandelten am 11. und 12. Februar die am Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe beteiligten Organisationen im Reichsamt des Innern in Berlin über eine unveränderte Verlängerung des am 31. März d. J. ablaufenden Tarifvertrages und über eine Teuerungszulage.

Nach einer kurzen Einleitung des Herrn Vorsitzenden über die Bedeutung, die der Tarifvertrag für das deutsche Baugewerbe erlangt hat und über den hohen Wert, der darin liege, auch während der Kriegszeit das Baugewerbe vor wirtschaftlichen Erschütterungen zu bewahren, wurde in die Verhandlung eingetreten, die selber einen Erfolg nicht zeitigt hat.

Die am 11. und 12. Februar im Reichsamt des Innern stattgefundenen Verhandlungen über den Reichsarbeitsvertrag im Baugewerbe sind an dem geringen Entgegenkommen der Unternehmervertreter gescheitert.

Der Arbeitgeberverband erklärte sich zunächst bereit, den Vertrag bis zu sechs Monaten nach Friedensschluß zu verlängern. Von Vertretern der Arbeiter wurde dagegen die Einwendung erhoben, daß niemand das Ende des Krieges auch nur annähernd bestimmen könne; ebenso sei nicht voraussehbar, welchen Verlauf die seit langer Zeit bestehenden und sich immer steigenden Teuerungsverhältnisse nehmen werden. Daraufhin wurde die Entschließung, den Vertrag bis zu sechs Monaten nach Friedensschluß zu verlängern, dahin abgeändert, daß ein bestimmter Termin festgesetzt wurde, und zwar der 31. März 1917. Jedoch soll der Vertrag auf ein weiteres Jahr gelten, wenn nicht am 31. Dezember 1916 Frieden geschlossen ist. Bei der Beratung der Teuerungszulage machten die Unternehmervertreter verschiedentlich Einwendungen gegen die Notwendigkeit einer Teuerungszulage. Schließlich ließen sie sich aber doch davon überzeugen, daß eine Zulage absolut notwendig sei und sie erklärten ihr Einverständnis zu einer Stundenlohnzulage von 3 Pfg. für Orte bis zu 5000 Einwohnern; für Orte mit neunstündiger Arbeitszeit soll ein Lohnzuschlag von 5 Pfg., und für solche mit mehr als neunstündiger Arbeitszeit ein Zuschlag von 4 Pfg. pro Stunde gewährt werden.

Die Arbeitervertreter sahen zu verstehen, daß sie infolge der Teuerungsverhältnisse das niedrige Angebot bei ihren Mitgliedern nicht vertreten könnten, da die Unternehmer „ei Staatsarbeiten oder in sogenannten Kriegsorten seit Kriegsausbruch erhöhte Preise erhalten, in die auch Lohnzuschläge für die Arbeiter einfließen worden sind. Schließlich erhöhten die Unternehmer ihr Angebot in allen Fällen um einen Pfennig und ließen durchblicken, daß die Arbeiter auch durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Akkordarbeit zu größeren Einkommen gelangen können. Eine Ausflucht, auf die sie seit dem aufgetauchten Verlangen der Arbeiter nach Teuerungszulage verfallen sind und womit sie anscheinend auch an einigen Orten Glück gehabt haben, indem sie um die Zahlung einer Teuerungszulage herumgekommen sind.

Die Arbeitervertreter aller Organisationen ließen erklären, daß sie auch das erhöhte Angebot bei ihren Mitgliedern nicht vertreten können, daß sie aber zu weiterer Verhandlung gern bereit sind, sobald es von irgendeiner Seite gewünscht wird; daß dazu aber ein anderes Angebot als das heutige vorliegen müsse.

Wirtschaftliche Rundschau.

Monopolisierung des Handels mit fremden Zahlungsmitteln. — Zahlungsausgleich in Friedens- und Kriegszeiten.

Als kriegswirtschaftliche Organisation ist seit dem 28. Januar ein Monopol für den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln in Kraft getreten. Durch Bundesratsverordnung wurde bestimmt, daß ausländische Geldnoten und Noten sowie Auszahlungen, Schecks und kurzfristige Wechsel auf das Ausland im Betrieb eines Bankgewerbes nur bei den vom Reichskanzler bestimmten Personen und Firmen gekauft, umgetauscht oder darlehensweise erworben und nur an sie verkauft, verpfändet oder darlehensweise veräußert werden dürfen. Auch über Guthaben im Ausland darf im Betrieb eines Bankgewerbes zum Zwecke des Erwerbs von Geldnoten, Noten, Guthaben, Auszahlungen, Schecks und kurzfristigen Wechseln in anderer Währung nur verfügt werden, sofern der Erwerb bei einer der bezeichneten Personen und Firmen

